

atomstopp

atomkraftfrei leben!

4. Quartal 2008, 33. Jahrgang, Nr. 204



VERTUSCHTE ATOMPANNEN!

ÖSTERREICH - RAUS AUS EURATOM!



Ein Volksbegehren – Raus aus EURATOM!

Gründe, warum Österreich sich nicht mehr länger an dem europäischen Atomwahnsinn beteiligen sollte, gibt es viele – unter anderem auch die in der jüngsten Zeit bekannt gewordenen Atompannen, manche davon mit erheblicher Verspätung ... Von welchen Störfällen werden wir noch erfahren ... und wiederum mit erheblicher Verspätung ... (siehe S. 3/4)? Auch die Vorgänge rund um das deutsche Atomlager Asse in Niedersachsen sind haarsträubend: Bereits bei der Einlagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle sei bekannt gewesen, dass das Endlager undicht sei. Trotzdem wurden zwischen 1967 und 1978 126.000 Fässer mit Atommüll eingelagert. Was aber tatsächlich in dem Endlager landete, weiß niemand. Es wird sogar vermutet, dass bis zu 9 kg hochgiftiges Plutonium dort abgelagert wurden ...

30 Jahre nach Zwentendorf zahlt Österreich mehr denn je an die europäische Atomlobby. 40 Millionen EURO jährlich sind eine gesicherte Zahl aus dem Jahr 2004 und stammen von einer Anfrage der damaligen SPÖ-Umweltsprecherin Ulli Sima an den damaligen ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

Wieviel Millionen EURO es heute – im Jahr 2008 – sind, kann man plötzlich nicht mehr sagen, weil EURATOM „kein Budgetposten, sondern ein Vertrag sei“ (so der Sprecher von

ÖVP-Umweltminister Pröll gegenüber der Tageszeitung Österreich im August 2008). Eine entsprechende Anfrage der FPÖ wird jedenfalls von Ministerium zu Ministerium geschoben – Antwort auf die noch 2004 beantwortbare Frage gibt es heute nicht mehr ...

Freiheitliche und Grüne unterstützen unsere Forderung!

Die Allianz für einen Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag wird jedenfalls breiter: Nach den Freiheitlichen unterstützen auch die Grünen den Ausstieg Österreichs aus dem Vertrag, der die Förderung der Atomenergie vorsieht.

Damit haben sich zwei im österreichischen Nationalrat vertretene Parteien eindeutig positioniert! Ganz abgesehen von Nationalräten und Politikern aller anderen Parteien (siehe S. 6/7). Sechs Bundesländer haben Resolutionen beschlossen (S. 8), in denen der Ausstieg aus EURATOM gefordert wird. Der Unterstützerkreis wird breiter: 20 Umwelt- und Anti-Atom-Organisationen sind für einen Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag.



Volksbegehren - Raus aus EURATOM!

Wir überlegen, ob wir mit einem Volksbegehren „Raus aus EURATOM“ nicht einen weiteren Schritt setzen sollen und die Politik in Wien zum Handeln auffordern und sie dazu bringen, Österreich aus dem EURATOM-Vertrag hinauszuführen.

Wie ist Ihre Meinung zu einem Volksbegehren „Raus aus EURATOM“?

Sagen Sie uns Ihre Meinung! Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung: per email – post@atomstopp.at bzw. telefonisch: 0732 77 42 75, oder per Post: atomstopp – Promenade 37, 4020 Linz.

Schöne Grüße und wie immer – viele Anregungen mit dieser Ausgabe des atomstopp.

Roland Egger
Geschäftsführender Obmann

Auf dem Foto unten: Hans-Jörg Horky nach seinem anstrengenden Lauf auf die Burg (Kirchdorf), mit Kettenhemd, Schwert, Helm ... der Kampf gegen die Atomenergie erfordert vollen Einsatz.



Verspätete Störfallmeldungen, falsche Einschätzungen der Atom-Gefahr, Vertuschungen!

Atomzwischenfälle in Temelin - Krsko - Fleurus - Tricastin - Asco

Europaweit zeigen die Behörden im Umgang mit Atomzwischenfällen oft abenteuerliche Vorgangsweisen. Auch den österreichischen Behörden scheinen die Hände gebunden zu sein:

Allein beim „Dauerbrenner“ AKW Temelin gäbe es ein weites Betätigungsfeld für österreichische Behörden: Bereits im Sommer 2007 hat atomstopp_oberoesterreich aufgedeckt, dass in den letzten Jahren 14 Atompannen der Stufe INES-1 nicht ordnungsgemäß von den tschechischen Verantwortlichen an das Umweltministerium in Wien gemeldet worden sind.

Die Einstufung der Zwischenfälle im AKW Temelin werden von der tschechischen Atomaufsichtsbehörde häufig erst im Nachhinein und nach - für Außenstehende - nicht nachvollziehbaren Kriterien vorgenommen. Der Austritt von 3000 Liter radioaktivem Wasser am 6. Juni 2004 wurde von der tschechischen Atomaufsicht als INES-1 bewertet, der Austritt von 20.000 Liter radioaktivem Wasser am 20. Dezember 2004 hingegen als INES-0. Gemäß der im Melker Abkommen mit der Tschechischen Republik getroffenen Vereinbarung müssen INES-1 Störfälle binnen 72 Stunden an das Umweltministerium in Wien gemeldet werden.

Seit dem Start der Kettenreaktion in Temelin sind 20 INES-1 Störfälle verzeichnet worden, aber 14 davon nicht ordnungsgemäß gemeldet worden. Aus Gründen der Diplomatie hat man sogar darauf verzichtet, die nicht ordnungsgemäß gemeldeten Störfälle bei einem hochrangigen Treffen von österreichischen und tschechischen Abgeordneten anzusprechen!



AKW Temelin: 14 INES-1-Störfälle wurden nicht korrekt an Österreich gemeldet.

Eine ordentliche Aufarbeitung durch das zuständige Umweltministerium in Wien, warum die Störfälle nicht zeitgerecht gemeldet wurden, ist bis dato ausständig!

4. Juni 2008: Österreich im Schockzustand

Am 4. Juni 2008 befindet sich Österreich kurzzeitig im Schockzustand. Nach einem Zwischenfall im Kühlsystem des slowenischen Atomkraftwerks Krsko hat die EU-Kommission über das ECURIE Warnsystem europaweiten Alarm ausgelöst. In Österreich herrscht Ratlosigkeit und Verwirrung, weil dieser Vorfall im Primärkreislauf des AKW Krsko dem österreichischen Strahlenschutz lediglich als Übung gemeldet worden war. Zudem ist vorerst unklar, wie der Zwischenfall einzuschätzen ist.

In dieser Situation wurde mehr als deutlich, wie unzureichend die österreichische Bevölkerung für einen Ernstfall gerüstet ist und wie ineffizient und fehlerbehaftet die Informationsweitergabe letztlich sein kann. Man kann von Glück sprechen, dass bei diesem Zwischenfall keine Radioaktivität ausgetreten ist. Nicht

auszudenken, wenn tatsächlich eine großräumige radioaktive Kontamination stattgefunden hätte!

Europaweiter Atomalarm mit 4-tägiger Verspätung ausgelöst!

Der jüngste Störfall Ende August 2008 im belgischen Atomforschungsinstitut Fleurus südlich von Brüssel zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, dass die Behörden die Atomgefahren oft völlig falsch einschätzen. Hieß es zuerst, durch den Zwischenfall bestünde keine Gefahr, wurde schließlich ein ernster Störfall (Stufe 3 auf der siebentei-



25. August 2008: INES-3-Störfall in Belgien.

ligen Atom-Störfallskala INES) zugegeben. Radioaktives Jod-131 wurde über das Abluftsystem freigesetzt. Mit 4-tägiger Verspätung wurde europaweiter Alarm ausgelöst.

Die belgische Atomaufsicht empfahl den Bewohnern rund um die Anlage in Fleurus, frisches Obst und Gemüse aus ihren Gärten nicht zu verzehren.

Erste Reaktion: Abwiegeln...

Die beängstigende Pannenserie vom Juli und August 2008 in Tricastin, der zweitgrößten Atomanlage Frankreichs, sorgte international für Aufsehen. Die zuständigen Behörden verlegten sich auch hier aufs Beschwichtigen und Abwiegeln.

Nach dem Austritt von 30 Kubikmetern einer radioaktiven Uranlösung am 8. Juli 2008, die über das Regenwasser in angrenzende Flüsse gelangt ist, wurde noch von einer geringen Belastung für die Umwelt gesprochen. Am 9. Juli wurde der Zwischenfall als Anomalie eingestuft und „vorsichtshalber“ wurde in den betroffenen Flüssen das Fischen, Baden und das Entnehmen von Wasser zur Bewässerung untersagt. Die regionale Bevölkerung wurde mit Wasser aus Tanklastern versorgt. Diese Situation blieb bis zum 23. Juli aufrecht. Zu der Frage, was nun eigentlich in der uranhaltigen Flüssigkeit enthalten war, halten sich die zuständigen Behörden bis dato bedeckt. Dass bei 100 Mitarbeitern der Anlage erhöhte Strahlenwerte festgestellt wurden, sorgte für zusätzliche Beunruhigung in der Bevölkerung.

Zehn Tage nach dem Vorfall in der Anlage Tricastin wurde ein neuer Betriebsleiter eingesetzt und mit der Aufgabe betraut, eine umfassende Überprüfung der Funktionsweise des Betriebs und der Sicherheit vorzunehmen.

Nichtsdestotrotz folgte prompt die nächste Panne: Am 21. August 2008 ist bei Tests zur Dichtigkeit des Rohrnetz neuerlich Uran ausgetreten. Die französische Atomaufsichtsbehörde ASN schätzt die Umweltgefahren als sehr gering ein, der Vorfall wird aber noch genauer untersucht...

...oder noch besser: Vertuschen!

Der Störfall im nordspanischen Atomkraftwerk Asco im November 2007, bei dem beim Auswechseln von Brennstäben radioaktiver Wasserdampf ausgetreten ist, und der bis April 2008 von den Betreibern vertuscht wurde, zieht weite Kreise. Die spanische Atomaufsichtsbehörde CSN ließ nach Bekanntwerden des Störfalles im April 2008 umfangreiche Nachforschungen anstellen und fand sowohl innerhalb als auch außerhalb der Anlage radioaktive Partikel. Daraufhin wurden 1600 Menschen medizinisch untersucht, sowie der Direktor und der Sicherheitschef des Kernkraftwerkes entlassen. Die Betreiberfirmen des Kraftwerks müssen nun wegen Vertuschung mit einer Strafe von bis zu 22,5 Millionen EURO rechnen.

Österreich – Raus aus EURATOM!

Österreich ist Zwangsmitglied bei EURATOM: damit muss jede/r ÖsterreicherIn diesen europäischen Atomwahnsinn mitfinanzieren! Damit muss endlich Schluss sein! Österreich muss aus dem EURATOM-Vertrag, der die Förderung der Atomenergie vorsieht, aussteigen! Je früher - desto besser!



Atomanlage Tricastin verunsichert im Sommer 2008 mit Pannenserie.
Quelle: www.monde-a-velo.com/index.php?gallery/album-photo/retour-france/france-centrale-nucleaire-du-tricastin



Werner Faymann sicherte zu, sich mit der Forderung der Atomgegner auseinanderzusetzen.



energie ausgesprochen haben!“, so Gabriele Schweiger, Obfrau der Freistädter Mütter gegen Atomgefahr und Sprecherin von atomstopp_oberoesterreich.

„Werner Faymann sicherte uns in Linz zu, sich unsere Forderung „Raus aus EURATOM“ anzusehen!“, gibt sich Roland Egger zufrieden.

„Besonders erfreulich ist, dass der Vertreter der SPÖ aus dem Mühlviertel – Walter Schopf – sich klar für einen Ausstieg aus dem EURATOM und für ein Stopp der Zahlungen an EURATOM ausgesprochen hat.“ (siehe die Aussagen von Walter Schopf auf MF1plus – Seite 7).

Appell an SPÖ-Vorsitzenden Werner Faymann

Beim Bundesparteitag der SPÖ in Linz am 8. August 2008 appellierte atomstopp_oberoesterreich an den designierten SPÖ-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Werner Faymann, sich gegen die millionenschwere österreichische Förderung des europäischen Atomwahnsinns einzusetzen!

„71% der ÖsterreicherInnen haben kein Verständnis, dass gerade aus dem Anti-Atom-Vorzeigeland Österreich jährlich 40 Millionen EURO an die Europäische Union fließen,

um den Aufbau einer mächtigen Atomindustrie voranzutreiben!

Tendenz stark steigend: mit der Verdreifachung des Atombudgets im 7. Rahmenforschungsprogramm ist auch von einer Verdreifachung des österreichischen Anteils auszugehen, womit der österreichische Anteil für die europäische Atomlobby mittlerweile bei mehr als 100 Millionen EURO liegen dürfte!

Es ist völlig im Widerspruch mit der Entscheidung der ÖsterreicherInnen, die sich vor 30 Jahren schon in der Zwentendorf-Volksabstimmung gegen die Nutzung der Atom-



„Raus aus EURATOM“ und wie die Bundesparteien dazu stehen...

Rechtzeitig nach der Ankündigung, dass es Ende September 2008 Neuwahlen zum österreichischen Nationalrat geben wird, ist atomstopp im Juli 2008 an die im Parlament vertretenen Parteien herangetreten und atomstopp hat sie höflich ersucht, das Thema „EURATOM-Vertrag“ und die Förderung der europäischen Atomindustrie im Wahlkampf zu thematisieren. Gleichzeitig wurden die politischen Gruppierungen über die laufende Kampagne von atomstopp_oberoesterreich zu „Österreich - Raus aus EURATOM“ informiert und um Unterstützung gebeten.

Die Antworten:



Die erste Rückmeldung erfolgte von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ):

Die FPÖ antwortete 5 Tage nach der Anfrage folgend: „Sie können versichert sein, dass dieses Thema (Anmerkung: Der Austritt Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag) für uns so wichtig ist, dass wir es nicht nur im Wahlkampf ansprechen sondern bis zur positiven Erledigung auch immer wieder auf die Tagesordnung des Parlaments bringen werden.“

Beigelegt wurde der Rückmeldung an atomstopp ein Entschließungsantrag der FPÖ, der am 10. Juli 2008 eingebracht wurde, betreffend Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag.



Die zweite Rückmeldung erfolgte von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP):

Die ÖVP-Zentrale in der Lichtenfelsgasse in Wien setzt nach wie vor auf eine EURATOM-Reformkonferenz. Es heißt in dem Antwortschreiben an atomstopp: „Wie Sie wissen haben – trotz intensivstem Lobbying Österreichs - nur fünf der damals 25 Mitgliedstaaten eine Erklärung zum Verfassungsvertrag, welche eine Revisionskonferenz fordert, unterstützt. Dies hat einerseits gezeigt, dass Österreich mit diesem Bestreben nicht alleine ist, zeigte aber andererseits ganz deutlich, dass die für die Einsetzung einer Regierungskonferenz erforderliche Mehrheit, insbesondere aber die für eine Änderung des Euratom-Vertrags erforderliche Einstimmigkeit noch in weiter Ferne liegen. Daher müssen wir unsere Anstrengungen weiterhin darauf konzentrieren, die Unterstützerbasis für eine Reform zu erweitern und zu festigen.“

Zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag wird folgendes festgehalten: „ – auch wenn verschiedene Rechtsgutachten zu einer gegenteiligen Auffassung kommen – nach überwiegender Auffassung aus rechtlicher Sicht keine Möglichkeit eines isolierten Austritts aus dem Euratom-Vertrag besteht. Dies wird aus gemeinschaftlicher Sicht mit der ausdrücklich normierten unbegrenzten Geltungsdauer des Vertrags und dem Mangel einer ausdrücklichen Austrittsmöglichkeit begründet.“

⇒ Anmerkung: Genau an dem Punkt setzen drei Völkerrechtsexperten der Universitäten Salzburg, Linz und Nürnberg an: Weil eben keine ausdrückliche Austrittsmöglichkeit gegeben ist, ist ein solcher aufgrund von völkerrechtlichem Ge-

wohnheitsrecht (Artikel 56 Wiener Vertragskonvention) möglich!

⇒ Warum ausgerechnet der EURATOM-Vertrag, der den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie in seiner Präambel ausdrücklich vorsieht, kein Ablaufdatum hat, praktisch unbegrenzt Geltung haben soll und nicht wie die anderen Gründungsverträge nach 50 Jahren einfach ausgelaufen ist, sollte ernsthaft hinterfragt werden!



DIE GRÜNEN

Die dritte Rückmeldung erfolgte von den Grünen und es heißt darin ...:

„Im Rahmen unserer parlamentarischen Möglichkeiten setzen wir uns ... seit Jahrzehnten vehement für eine konsequente Anti-Atompolitik ein. Ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg besteht in einer grundlegenden Reform des EURATOM-Vertrags über eine Revisionskonferenz, wie die Grünen dies seit Jahren fordern ... Wir unterstützen daher Ihre Forderung nach einem Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag, ohne dadurch auch aus der EU austreten zu müssen.“

Die Grünen werden dieses Thema nicht nur im kommenden Wahlkampf thematisieren, sondern auch danach und insbesondere im Rahmen des bevorstehenden 30jährigen Jubiläums der Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf umfangreiche Aktivitäten setzen.“

⇒ Anmerkung: Die Forderung „Österreich – Raus aus EURATOM“ findet sich auch im Wahlprogramm 08 der Grünen.

Keine Reaktionen erfolgten von der SPÖ und dem BZÖ.

Position der Bundesparteien auf Landesebene (OÖ)

Ergänzend zu den Stellungnahmen der Bundesparteien ist es sicher interessant, wie sich die Vertreter der Bundesparteien auf Landesebene in Oberösterreich in der letzten Zeit zum Thema EURATOM und Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag positioniert haben – spannend ist gewiss, dass es dabei enorme Unterschiede gibt, was die Bundespartei will und was der Vertreter der Bundespartei auf Landesebene will.

Nationalrat Norbert Kapeller (ÖVP) nach der Ankündigung der Tschechischen Regierung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung zum Ausbau von Temelin eingeleitet wird, in einer Presseaussendung:

Österreich werde alle rechtlich möglichen Schritte gegen den Ausbau des AKWs setzen müssen und man könne sicher sein, dass alle Kräfte mobilisiert werden, um diesen sinnlosen Ausbau zu verhindern.



Norbert Kapeller – ÖVP-Nationalratskandidat für das Mühlviertel

„Nachdem leider viele Länder auf den Ausbau der Kernenergie setzen, obwohl diese ja weniger als 5% des weltweiten Energiebedarfs liefert, müssen wir uns selbst helfen. Von einer neuen Regierung fordere ich die endgültige Einbringung einer Völkerrechtsklage gegen Tschechien und den Stopp der Zahlungen an EURATOM, denn das ist in Wahrheit die Konsequenz aus dem provokanten Verhalten der Tschechen“, unterstreicht Kapeller deutlich.

Walter Schopf im Interview auf MF1-plus:

„Meine persönliche Position ist jene und vor allem auch als Abgeordneter, der für das Mühlviertel zuständig ist, ist eine sehr eindeutige: Wir müssen Initiativen setzen, dass Österreich aus dem EURATOM Vertrag aussteigt. Wir bekennen uns zu einem Kurs, der bedeutet letztendlich, dass Atomenergie nicht gefördert werden soll. Ich glaube, es ist ein sehr wichtiger Schritt, dass wir aus diesem Vertrag aussteigen. Die Republik Österreich zahlt bekanntlich ca. 40 Millionen EURO für diverse Projekte der Atomindustrie und ich denke, dieses Geld kann für andere Zwecke weit sinnvoller verwendet werden.

Ich schätze die Situation vor allem mit unserem neuen Vorsitzenden so ein, dass hier Werner Faymann sicher gesprächsbereit ist, aber nicht nur gesprächsbereit, sondern ich denke, wir werden hier mit unserem neuen Vorsitzenden einen vernünftigen Dialog in diese Richtung führen.“



Walter Schopf – SPÖ-Nationalratskandidat für das Mühlviertel

Quelle: MF1plus
<http://www.reimer.at/mf1plus/new/index.php?path=content&contentid=14>

Länder weisen den Weg beim EURATOM-Ausstieg!

Sechs Bundesländer haben mittlerweile Landtagsresolutionen zum Ausstieg Österreichs aus EURATOM unterzeichnet:

Vorarlberg (9. Mai 2007), Salzburg (23. Mai 2007), Oberösterreich (8. November 2007), Steiermark (22. April 2008), Wien (4. Juni 2008), Niederösterreich (19. Juni 2008).

Dies ist ein eindeutiger Auftrag an die zuständigen Bundespolitiker, den EURATOM-Ausstieg bundesweit zum Thema zu machen!

Bei der Landesumweltreferentenkonferenz am 20. Juni 2008 in Linz wurde an den Umweltminister und an die Umweltlandesräte der Bundesländer appelliert, sich für einen Ausstieg aus EURATOM einzusetzen und somit den Druck auf den Bund zu erhöhen. Dem Umweltminister und den Umweltlandesräten wurde von den Aktivisten von *atomstopp_oberoesterreich* Informationsmaterial zum Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag übergeben.



Landesrat Walter Blachfellner (SBG)



Landesrat Josef Plank (NÖ)



Landesrat Rudi Anschober (OÖ)



Stadträtin Ulli Sima (Wien)

Die Umweltlandesräte sind bei der Konferenz übereingekommen, dass Österreich auf EU-Ebene EURATOM-Reformbemühungen setzen muss. Sollte sich eine Reformierung des EURATOM-Vertrages als unmöglich erweisen, sind sich die Umweltlandesräte einig, dass die Option eines Ausstiegs Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag gesehen wird. Der Bundeskanzler wird ersucht, ein Gutachten über die rechtlichen Möglichkeiten und Auswirkungen eines allfälligen Ausstiegs aus EURATOM in Auftrag zu geben.

Die klare Positionierung von sechs Bundesländern zu EURATOM spiegelt die Haltung der ÖsterreicherInnen wider: 63% unterstützen den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag (market-Umfrage vom Februar 2007).

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: *atomstopp_atomkraftfrei leben!*

F.d.I.v.: Roland Egger; Texte, Layout, grafische Umsetzung: Claudia Kothgassner, Jakob Luimpöck

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, eMail: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt; Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz

